

Presseerklärung

9. September 2008

Frontalangriff auf Kulturstandort Deutschland: Länder wollen Künstlersozialversicherung abschaffen

Die deutschen Literaturübersetzer protestieren aufs schärfste gegen die von den Ländern Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein am 8.9. in den zuständigen Ausschüssen des Bundesrates beschlossene Empfehlung, "dass die Künstlersozialversicherung abgeschafft oder zumindest unternehmerfreundlich reformiert wird" (Bundesratsdrucksache 558/1/08).

Die Künstlersozialversicherung ist eine seit 25 Jahren bewährte kulturpolitische Errungenschaft, die den Künstlern und Urhebern, deren monatliches Durchschnittseinkommen immer noch bloß 1000 Euro beträgt, ein Mindestmaß an sozialer Absicherung ermöglicht.

Es ist empörend, wenn der deutsche Bundesrat es für Wirtschaftsförderung hält, Künstler und Urheber ins soziale Abseits zu stellen und der Armut zu überlassen. Die Literaturübersetzer erwarten, dass diesem Frontalangriff auf den Kulturstandort Deutschland und seine Kulturschaffenden in der bereits für den 19.9. angesetzten Bundesratsabstimmung über die Empfehlung eine klare Absage erteilt wird.

Der Vorstand des VdÜ/Bundessparte Übersetzer in ver.di

i.A. Claus Varrelmann
Kastanienallee 15
20359 Hamburg
T.: 040/313230
c.varrelmann@literaturuebersetzer.de